

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände mit Caritasverband, Deutschem Roten Kreuz, dem Paritätischen und der AWO hat im letzten Jahr seine beiden Arbeitskreise ambulante und stationäre Pflege wiederaufleben lassen. In den AK's beschäftigen wir uns mit den aktuellen Fragestellungen der Pflege und haben vor Kurzem in einem Pressegespräch die für uns existentielle Frage des Personalmangels angesprochen. Wir hatten uns zu diesem Schritt entschlossen, nachdem Herr Minister Laumann einer Einladung von uns nicht folgte und der Presse seine eher laxen Haltung zum Fachkräftemangel und dem daraus resultierenden Aufschwung für die Branche der Zeitarbeit zu entnehmen war. Vielleicht hat der eine oder die andere von Ihnen die wirklich guten Berichte nach unseren Gesprächen mit der Presse in den Zeitungen lesen können.

Wir versuchen nun weiterhin die Themen der ambulanten und stationären Pflege voranzubringen und richten uns heute an Sie im Sozialausschuss, da ja die Stadt einen Auftrag für die Versorgung ihrer pflegebedürftigen Bürger*innen hat.

Ich möchte Ihnen heute die wirklich brisante und existentiell schwierige Lage sowohl der ambulanten als auch der stationären Pflege nahebringen, in der Hoffnung, dass Sie sich an anderer Stelle für unsere Belange einsetzen, sodass wir auf eine Verbesserung der Situation hoffen können.

Es gibt sehr viele Aspekte, die hier zu nennen wären. Ich möchte einige davon in Kurzform nennen:

In diesem Jahr haben bundesweit bereits über 400 Pflegeeinrichtungen Insolvenz angemeldet. Geht dies so weiter, ist die Versorgung von Pflegebedürftigen auch hier in Leverkusen nicht mehr gewährleistet.

Die Kosten für die Pflegebedürftigen insbesondere in den stationären Einrichtungen steigen bedingt durch Tarifierhöhungen und Kostensteigerung für Energie und Lebensmittel. Dies bedeutet, dass langfristig immer mehr Bewohner*innen von Heimen ihren Aufenthalt über die Sozialämter finanzieren müssen. Dies führt zu einem hohen Verwaltungsaufwand und hohen Kosten für die Kommunen. Die Heime hingegen müssen lange Bearbeitungszeiten von Anträgen auf Sozialhilfe überbrücken, bekommen ihre Dienstleistung lange nicht bezahlt, in vielen Fällen auch gar nicht bezahlt, wenn Sozialhilfeanträge abgelehnt werden. Die Außenstände überschreiten schnell die Hunderttausendergrenze, ein Punkt, der die Finanzierung der Heime ans Wanken bringt.

Mittlerweile braucht auch der Landschaftsverband Rheinland zwei Jahre, um Investitionskostenbescheide zu erstellen. Bewohner*innen und Angehörige werden dann nachträglich aufgefordert, die aufgelaufenen Zahlungen zu leisten. Sie können sich sicher vorstellen, dass diese Vorgehensweise sehr viel Unmut auf Seiten der Angehörigen mit sich bringt. Wir müssen hier auslöffeln, was andere uns eingebrockt haben.

In der ambulanten Pflege zeigt sich die Altersarmut daran, dass Pflegebedürftige unterversorgt sind, weil das Pflegegeld lieber für die Bedürfnisse des alltäglichen Lebens genutzt wird, als davon professionelle Hilfe zu bezahlen. Außerdem sind viele Pflegebedürftige und ihre Angehörige nur unzureichend darüber informiert, was ihnen zusteht.

Darüber hinaus bereitet uns seit vielen Jahren der Personalmangel insgesamt im Sozialwesen, aber insbesondere in der stationären und in der ambulanten Pflege große Probleme. Vorgegeben ist für die stationäre Pflege eine Fachkraftquote von 50 % lt. § 21 WTG. Es ist ein offenes Geheimnis, dass diese gesetzliche Forderung seit Jahren nicht mehr erfüllt werden kann und die Unterschreitung von der WTG Behörde geduldet wird.

Die Träger der Seniorenzentren und der Pflegedienste in Leverkusen unternehmen große Anstrengungen, um Fachkräfte anzuwerben und bereits angestellte Mitarbeiter*innen zu binden. So gibt es seit geraumer Zeit bei den verschiedenen Trägern verschiedene Wege um die Personalbindung zu fördern, z. B. durch neue Prämien, etwa nach erfolgreich absolvierter Probezeit oder Anwerbepremien für Kolleg*innen, die neue Fachkräfte finden, das Job-Rad, es werden Ausbildungskoordinator*innen und Praxisanleiterinnen beschäftigt, die sich speziell um die Auszubildenden kümmern und die versuchen, sie nach der Ausbildung in der Einrichtung zu halten. Die Fortbildung und Entwicklung von Mitarbeiter*innen werden gefördert und die Arbeitgeber tragen durch kleine und große Aktionen zu einem guten Betriebsklima bei.

Bei uns etwa haben wir eine Prämie für „Einspringen aus dem Frei“ deutlich erhöht, um den zusätzlichen Einsatz attraktiver zu machen und auf Zeitarbeit verzichten zu können. Dies zeigt zwar kleine Erfolge, ist aber kein kompletter Ersatz für Zeitarbeit.

Bei einem Träger wird z.B. seit etwa 1,5 Jahren eine Mitarbeiterin speziell zum Thema Personal finden – Personal binden beschäftigt. Projekte und Firmen werden beauftragt, Mitarbeiter*innen aus dem Ausland anzuwerben oder junge Menschen mit Migrationshintergrund als Auszubildende zu engagieren. So gelingt es, in kleinem Rahmen ausländische Fachkräfte einzustellen oder junge Menschen mit Migrationshintergrund als Auszubildende zu gewinnen.

Trotz aller Bemühungen lassen sich aber nicht genügend Fachkräfte und Pflegehelfer*innen finden. Hinzu kommt, dass insgesamt hohe Krankenstände, auch durch Long-Covid Fälle während der letzten beiden Jahre, der Alltag sind. Die Belastungen einzelner Mitarbeiter*innen sind enorm gestiegen. Viele langgediente Mitarbeiter*innen aus dem Stammpersonal gehen schon heute aber insbesondere in den nächsten Jahren in Rente und können nicht durch neue Fachkräfte ersetzt werden.

Die Gesamtsituation zwingt uns, neben den o.g. Anstrengungen Personal über Zeitarbeitsfirmen einzustellen. Wenn wir als Träger die Qualität unserer Pflege sichern wollen und müssen, bleibt für viele der Weg über die Zeitarbeitsfirmen zumindest im Moment die einzig gangbare, aber äußerst kostenintensive Lösung.

Fachkräfte als Krankheitsvertretung mit entsprechender Befristung einzustellen, ist unrealistisch, da der Arbeitsmarkt für jede nichtbeschäftigte Fachkraft mindestens 10 freie Stellen

alleine in der näheren Umgebung anbietet. Außerdem werben Zeitarbeitsfirmen mit selbstbestimmten Arbeitszeiten, freien Wochenenden, teuren Dienstwagen, kein Holen aus dem Frei und wesentlich höheren Löhnen, als wir sie mit unseren Tarifverträgen und den bestehenden Pflegesätzen anbieten können. Zeitarbeitsfirmen ermöglichen ihren Mitarbeiter*innen Arbeitszeiten, mit denen ein regulärer Betrieb in einer Pflegeeinrichtung nicht aufrechterhalten werden kann. Die anstrengenden, familiär wenig kompatiblen Randzeiten wie Nacht- und Wochenenddienste werden weitestgehend vom Stammpersonal gestemmt. Wir stehen in direkter Konkurrenz zu den Zeitarbeitsfirmen und müssen zeitgleich auf diese Notlösung zurückgreifen, um den Pflegebetrieb aufrecht erhalten zu können.

Mittlerweile werben Zeitarbeitsfirmen bei uns beschäftigte Fachkräfte bewusst ab und bieten Abwerbbeprämien an. So werden Auszubildende nach bestandener Prüfung als dann qualifizierte Pflegekräfte von uns weiterbeschäftigt, heben für kurze Zeit die Fachkraftquote und werden dann aber bereits nach kurzer Zeit von Zeitarbeitsfirmen abgeworben.

Die hohen Kosten, die den Zeitarbeitsfirmen durch die beschriebenen hohen Gehälter, Boni etc. für ihre Beschäftigten entstehen, werden an die Träger der Pflegeeinrichtungen weitergegeben und letztlich wird dieser „Schattenpersonalmarkt“ durch die öffentliche Hand also auf Kosten des Solidarsystems und nicht zuletzt auf Kosten des Steuerzahlers finanziert. Zudem ist das ursprüngliche Ziel der 1990iger Jahre, durch Leiharbeit/Zeitarbeit arbeitslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, völlig konterkariert worden.

Als Träger der Pflegeeinrichtungen und von ambulanten Pflegediensten arbeiten wir gemeinsam daran, das Thema des Fachkräftemangels und dessen Folgen für die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen in unserer Stadt öffentlich zu machen und sowohl die Stadt- als auch die Landespolitik damit zu befassen. Auf Dauer, d.h. auch kurzfristig noch in diesem Jahr, wird eine Reduzierung der vorhandenen Heimplätze in den Einrichtungen unumgänglich sein, um die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen zu erhalten, wenn eine Finanzierung der zusätzlichen Kosten für Zeitarbeit über den Pflegesatz auch weiterhin nicht möglich ist. Immer wieder kommen wir an diesen Punkt, weil die Versorgung der Pflegebedürftigen mit hohen Pflegegraden mit dem vorhandenen Personal einfach nicht mehr zu schaffen ist. Sehr zeitaufwändig werden immer wieder neue Notfallpläne gestrickt. Auf Dauer ist das nicht machbar und die hohen Kosten für den Ersatz über Zeitarbeit ruiniert viele Heime. Die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache. Letztlich steht immer wieder die Überlegung an, Plätze oder sogar ganze Wohnbereiche nicht mehr zu belegen, weil kein Personal da ist, um eine sichere Pflege zu gewährleisten.

In der ambulanten Pflege gibt es lange Wartelisten und viele verzweifelte Anrufe von Menschen, die zu Hause Unterstützung, Behandlung, Betreuung und Pflege benötigen. Diese Anfragen können nicht bedient werden, weil es nicht ausreichend Personal gibt.

Nicht zuletzt belastet die hohe Personal- und Bezugspersonenfluktuation den Alltag unserer Bewohner*innen und Klient*innen - eigentlich das wichtigste Argument, um der bestehenden Praxis entgegenzutreten.

Ganz zum Schluss möchte ich noch das Thema Bürokratisierung aufwerfen, dass uns mancherorts ebenfalls in die Knie zwingt. Hinweisgeberschutzgesetz, Telematik, Pflegesatzver-

handlungen, Pflegepersonalbemessungsgesetz, Prüfungen des Medizinischen Dienstes, Prüfungen durch Gesundheitsamt, Lebensmittelhygiene, WTG-Behörde, Bezirksregierung, Brandschutz, Bauaufsichtsbehörde u.v.m sind hier zu nennen.

Wahrscheinlich fühlen Sie sich jetzt etwas erschlagen und wir wissen natürlich, dass Sie nicht unbedingt direkten Einfluss auf die diversen Problematiken haben.

Die eigentlich doch schöne und wichtige Aufgabe, pflegebedürftige Menschen zu unterstützen, wird heute durch die beschriebenen Faktoren mehr als erschwert und wir sind äußerst besorgt, wenn wir in die nahe und weitere Zukunft blicken.

Ich bedanke mich im Namen aller Vertreter*innen der ambulanten und stationären Pflege, dass wir hier auf die wirklich schwierige Situation aufmerksam machen konnten und hoffe, dass Sie das Gehörte in Ihre Entscheidungen und in den Überlegungen zur Pflegeplanung in der Stadt mit einbeziehen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Petra Jennen

Vorstand Arbeiterwohlfahrt (AWO) Kreisverband Leverkusen e.V.

Geschäftsführerin AWO Seniorenzentren Rheindorf und Stadt Leverkusen gGmbH

Sprecherin Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände Leverkusen